

## **Kleine Einleitung:**

Sehr geehrte Mitglieder des Kreisverbandes der GEW Jerichower Land!

Aus vielen Diskussionen innerhalb, aber besonders außerhalb des Parlaments, sind mir viele der von Ihnen geschilderten Probleme „vertraut“. Sowohl im Bekannten- und Freundeskreis, in der Stadtratsfraktion Genthin DIE LINKE oder durch ehemalige MitschülerInnen, die heute in pädagogischen Berufen tätig sind, weiß ich auch um ihre berechtigten Forderungen. Ihre Fragen sind in Abstimmung zwischen meiner Kollegin Kerstin Auerbach mit mir durch sie beantwortet.

Als langjähriger Gesprächspartner bin ich hoffentlich nah aus den Themen dran. Unsere Hoffnung als Partei „DIE LINKE“ haben wir in vielen Anträgen, Initiativen oder Fragen gegenüber der Landesregierung deutlich gemacht und ich hoffe, auch Ihnen gegenüber transparent kommuniziert. Fragen zu Feststellung von Kita-LeiterInnen, KIFÖG, Personalausstattung in allen Ebenen usw. waren auf unsere Initiative wohl in jeder Landtagssitzungsperiode Thema, auch so manche aktuelle Debatte. Offene Fragen können wir gern Jederzeit mit Ihnen und Ihren KollegInnen besprechen und der Kreisverband lädt dazu auch gern kurzfristig unsere Spezialistinnen ein. Für mich persönlich steht der Grundsatz von sozialer Gerechtigkeit ganz oben an und ich werde dies auch weiterhin für unsere Region, gerade für den ländlichen Raum, einfordern.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ dürfen aus meiner Sicht gar kein Thema mehr sein. Ich biete mich an, sie weiterhin zu begleiten und auch für ihre berechtigten Forderungen einzusetzen.

**Eine Sorge kann ich ihnen jetzt schon nehmen: unsere Gedanken, Ideen und Konzept zur Zukunft des „Gymnasiums“ bestehen auf Freiwilligkeit und zielen nicht auf Abschaffung dieser Schulform.**

Mit herzlichen Grüßen und verbunden mit dem Dank für die gemeinsame Zusammenarbeit und ihre kritische Begleitung verbleibe ich

Harry Czeke

**Mir liegt vor allem das Bildungssystem am Herzen. Dieses ist in Sachsen-Anhalt (im Vergleich zu anderen europäischen Ländern) leider noch immer sehr verstaubt und in keinster Weise so angelegt, dass es allen Kindern eine ihren Fähigkeiten entsprechende Bildung ermöglicht.**

**Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche es ermöglichen, sich den Bedürfnissen der Schüler anzupassen. Das Schülerinnen und Schüler sich an einem beliebigen Schulsystem anpassen müssen, ist der falsche Weg.**

**Ich bin selbst Lehrerin und Mitglied der GEW und unterstütze deren Forderungen. Ich freue mich, gemeinsam mit meiner Gewerkschaft, diese Änderungen in den Landtag einzubringen.**

**Mit freundlichen Grüßen  
Kerstin Auerbach**

1. Sachsen-Anhalt hat bundesweit mit die schlechtesten tatsächlichen Betreuungsrelationen in seinen Kindertageseinrichtungen. Außerdem fehlt den Erzieher/innen Zeit für die mittelbaren pädagogischen Aufgaben und es gibt keine klaren Regelungen für eine ausreichende Freistellung der Kita-Leiter/innen. Die GEW fordert hier seit Jahren deutliche Verbesserungen u.a. auch bei Urlaubs- und Krankheitsvertretung.

Wie stehen Sie zu einer entsprechenden Änderung des Kinderförderungsgesetzes?

**Wie mir in zahlreichen Gesprächen mit Kindergärtnerinnen und Leiterinnen von Einrichtungen in Burg berichtet wurde, sind die Forderungen der GEW berechtigt und für eine qualitativ gute Arbeit sehr bedeutsam.**

**In unseren Einrichtungen arbeiten viele motivierte Fachkräfte, die aber auf Grund der hohen Belastung immer mehr an ihre Grenzen stoßen. Dies geht leider auch auf Kosten unserer Kinder - dies müssen wir verhindern.**

**Das unseren Erzieherinnen und Erziehern die Zeit für die mittelbaren pädagogischen Aufgaben fehlt, ist nicht deren Schuld, sondern die der vernachlässigten Landespolitik. Es ist völlig selbstverständlich, dass eine ausreichende Freistellung der Kita-Leiterinnen und -Leiter erfolgt.**

2. Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen bei freien Trägern werden noch immer z.T. deutlich schlechter bezahlt, als solche, die bei den Kommunen beschäftigt sind, obwohl die öffentliche Finanzierung gleich ist. Die GEW fordert, dass nur noch solche Träger finanziell gefördert werden, die tarifvertraglich geregelte Entgeltzahlungen nachweisen.

Wie stehen Sie zu einer entsprechenden Änderung des Kinderförderungsgesetzes?

**Gleiche Arbeit = gleiche Entlohnung. Es ist doch nicht nachzuvollziehen, wieso eine Fachkraft bei einem freien Träger weniger entlohnt wird, als der Mitarbeiter, der bei einer Kommune beschäftigt ist, zumal die gleiche Förderung vorliegt. Schon aus diesem Grunde erwarte ich eine tarifvertraglich geregelte Entgeltzahlung.**

3. Das Schulgesetz sieht in den Grundschulen den regelhaften Einsatz Pädagogischer Mitarbeiter/innen vor, u.a. zur Ausgestaltung der verlässlichen Öffnungszeit von 5,5 Stunden. Die Anzahl der verfügbaren Beschäftigten ist zur Erfüllung der Aufgaben an den Grundschulen und auch an den Förderschulen schon jetzt nicht mehr ausreichend und sinkt wegen der nicht vorgesehenen Einstellungen weiter.

Wie stehen Sie zum Einsatz und zu unverzüglichen Neueinstellungen von Pädagogischen Mitarbeiter/innen an den Grund- und Förderschulen?

**Ich selbst bin als Förderschullehrerin an der Förderschule in Burg tätig. Das Schrumpfen von Stellen des pädagogischen Fachpersonals ist mir demnach aus dem Schulalltag bekannt und ich kann Ihnen sagen, dass ich dies völlig inakzeptabel finde.**

**Die Berufsgruppe der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist quasi in unserem Bundesland aussterbend. Dies dürfen wir nicht zulassen. Ein Konzept für den Einsatz dieses Personals ist schon lange überfällig.**

**Freiwerdende Stellen müssen schnellstmöglich wieder besetzt und neue Stellen im Rahmen der maximalen Möglichkeiten ausgeschrieben werden.**

4. Die GEW fordert, die Schulhorte zur Betreuung und Förderung von Grundschulkindern wieder in den Verantwortungsbereich des Kultusministeriums zu überführen und alle Schulen kontinuierlich und flächendeckend mit Schulsozialarbeiter/innen auszustatten. Für die Erfüllung dieser Daueraufgaben sollen in ausreichender Zahl unbefristete Beschäftigte eingesetzt werden.

Wie stehen Sie zur Schaffung von Schulhorten in Verantwortung des Kultusministeriums und zur dauerhaften Finanzierung der Schulsozialarbeit aus Landesmitteln?

**Im Kontext sozialpädagogischer Aufgabe von Schulen und der Organisation ganztägiger Lernangebote verweist die GEW zu Recht auf den Hort. Auch ich sehe hier dringenden Handlungsbedarf.**

**Der Vorschlag Horte wieder in die Verantwortung des Kultusministerium zu bringen sollte unbedingt diskutiert werden. Dabei müssen alle Vor- und Nachteile intensiv beraten werden.**

**Positiv anzumerken ist, dass dies auf jeden Fall die Kommunen entlasten würde. Wir müssen auch im Blickfeld behalten, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Hort ermöglicht werden könnte.**

5. Die Landesregierung hat aufgrund des sinkenden Lehrkräftebestandes das Unterrichtsangebot für die Schüler/innen immer weiter gekürzt. Trotzdem liegt die aktuelle Unterrichtsversorgung nur bei knapp 101%. Die GEW fordert die Rückkehr zu einem vollständigen Unterrichtsangebot und eine Lehrkräfteversorgung von 105%.

Wie stehen Sie zur unverzüglichen Neueinstellung von so vielen Lehrkräften, wie für die Erfüllung dieser Forderungen benötigt werden?

**Wir müssen die Personalplanung des Landes am Bedarf festmachen, denn uns fehlen nicht die Kinder, sondern die Lehrerinnen und Lehrer.**

**DIE LINKE hat in ihrem Wahlprogramm beschlossen, nach der Wahl eine Personalstärke von 14.300 Vollzeitlehreräquivalenzen (VZLE) für den aktiven Dienst in den Schulen wieder aufzubauen. Damit streben wir eine Ausstattung auf dem Niveau des Schuljahres 2013/2014 an.**

**Dieses Ziel zu erreichen, erfordert hohe Anstrengungen. Zwangsläufig müssen wir neue Wege in den Lehrerberuf erschließen und entsprechende Ausbildungskapazitäten schaffen.**

6. Den Schulen steht für die Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und der Aufnahme von immer mehr Schüler/innen mit Migrationshintergrund ergeben (Inklusion, Sprachförderung) nicht im erforderlichen Umfang Personal zur Verfügung, um die Aufgaben bewältigen zu können.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, die personelle Unterstützung der Schulen für die Förderung von Migranten und Schüler/innen mit Beeinträchtigungen zu verbessern?

**DIE LINKE unterstützt die Entwicklung und den Ausbau von Ganztagschulen aus verschiedensten Gründen.**

**Der Ausbau von Ganztagschulen ist für uns ein Schlüssel, allen Kindern eine selbstbestimmte und -angebotsreiche Entwicklung zu ermöglichen. Dafür sind auch entsprechende personelle Voraussetzungen erforderlich.**

**Wir werden Lösungen prüfen, auf welchen Wegen begründete Personalbedarfe gedeckt**

werden können. Dabei werden wir auch neue und unkonventionellere Wege gehen.

**DIE LINKE** wird alles tun, damit die Integration von Flüchtlingen gut gelingt. Wir werden für diese Aufgaben zusätzliche Mittel und Stellen zur Verfügung stellen. Bisher haben sich verschiedene Formen der Integration entwickelt. Diese Vielfalt wollen wir auch weiterhin ermöglichen.

**Dabei muss berücksichtigt werden, dass eine bestimmte Zahl von Flüchtlingskindern in Sachsen-Anhalt verbleiben wird und sich so auf längere Zeit auch die „reguläre“ Schülerzahl signifikant erhöhen kann - dies ist gut für unser Bundesland!**

7. Die GEW fordert seit Jahren Verhandlungen für einen Demographie-Tarifvertrag, in dem u.a. die Ansprüche der Beschäftigten auf Teilzeitarbeit bei verbindlicher Wiederbesetzung aller freiwerdenden Stellen und Entlastungen für ältere Beschäftigte (alternsgerechte Arbeitsbedingungen) geregelt werden sollen.

Wie schätzen Sie die Arbeitsbelastung an den Schulen und die Altersstruktur ein? Wie stehen Sie zu Verhandlungen über einen solchen Demographie-Tarifvertrag?

**Mir ist die hohe Arbeitsintensität und -belastung vieler Kolleginnen und Kollegen in den Schulen bekannt, da ich tagtäglich damit konfrontiert bin. Die Schule endet für das Lehrpersonal eben nicht mit dem Klingelzeichen.**

**Das Gesundheitsmanagement muss wirksamer gestaltet werden. Dabei ist die gesamte Berufstätigkeit in ihrer Komplexität in den Blick zu nehmen.**

8. Im Sommer 2016 läuft der Teilzeittarifvertrag für Lehrkräfte aus. Dort wurde in einer Protokollerklärung die Zusicherung gegeben, während der Laufzeit des Vertrages die Unterrichtsverpflichtung nicht zu erhöhen. Dagegen wurde die Forderung nach mindestens einer Stunde mehr für alle Lehrkräfte von der Landesregierung immer wieder erhoben.

Wie stehen Sie zu solchen Forderungen nach einer Arbeitszeiterhöhung für Lehrer?

**Solche Forderungen halte ich für völlig unangebracht und haltlos.**

**Die Landesregierung versucht dadurch ihre missratene Personalpolitik auf unserem Rücken auszutragen. Die Arbeitszeiterhöhung ist für mich indiskutabel und falsch, da ein Großteil der Lehrerinnen und Lehrer bereits komplett ausgelastet sind. Wir brauchen mehr Lehrer - das ist Fakt!**

9. Trotz des neuen Tarifvertrages zur Eingruppierung angestellter Lehrkräfte bestehen einige gravierende Ungerechtigkeiten in der Bezahlung der Lehrkräfte fort. Diese sind u.a. durch das Landesbesoldungsgesetz begründet, auf das der Tarifvertrag Bezug nimmt (u.a. Ein-Fach-Lehrkräfte). Außerdem werden Grundschullehrkräfte generell schlechter bezahlt, als alle anderen Lehrkräfte.

Wie stehen Sie zur Beseitigung aller Ungerechtigkeiten in der Bezahlung der Lehrkräfte und insbesondere zur gleichen Bezahlung unabhängig von der Schulform?

**Wie jedes andere Personal auch, müssen Lehrkräfte gerecht und angemessen eingruppiert und vergütet werden!**

**Zum Beispiel im Grundschulbereich sind die Anforderungen der Beschäftigten durch die Vielseitigkeit der Bildungsangebote, der Breite von Förderschwerpunkten und**

**Entwicklungsstufen der Schüler enorm gewachsen. Dies sollte auch bei der Bezahlung unbedingt berücksichtigt werden.**

10. Sachsen-Anhalt hat –bezogen auf die Größe des Landes und seiner Bevölkerung –schon heute ein unzureichendes Hochschulangebot. Insbesondere im Bereich der Lehrerausbildung entsprechen die Kapazitäten nicht einmal der Hälfte des tatsächlichen Bedarfs. Trotzdem sind durch die Landesregierung für die nächsten zehn Jahre Kürzungen der Budgets vorgesehen.

Wie stehen Sie zur langfristigen Sicherung der Hochschulbudgets mindestens auf dem Niveau von 2015, wobei künftige Tarifsteigerungen und die Inflation auszugleichen sind?

**DIE LINKE fordert, die 2014 vereinbarten Kürzungen bei der Grundfinanzierung der Hochschulen zurückzunehmen sowie die Defizite aus der vergangenen Strukturreform und die Mehrbelastungen durch Tarif- und Preissteigerungen vollständig auszugleichen.**

**Die Strukturdebatte soll auf der Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrates aus dem Jahr 2013 und gewachsener gesellschaftlicher Ansprüche und Erwartungen an Forschung und akademische Bildung demokratisch weitergeführt werden. Die Korrektur bereits eingeleiteter Fehlentwicklungen soll möglich werden.**